

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 217.

Regelgemäß: Die Anzeiger erscheinen für Anzeigen eine Woche und länger 20 Goldpfennige, unwichtige Anzeigen 10 Goldpfennige, Kellern-Anzeiger 10 Goldpfennige, sonstige Anzeiger 10 Goldpfennige.

Telegramme: Expedient Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 217

Donnerstag, den 17. September 1925

20. Jahrgang

Das Memorandum überreicht.

Veröffentlichung am Donnerstag. — Mussolini wird teilnehmen. — Stresemann soll nicht allein kommen.

Berlin, 15. Sept. Heute mittag hat der französische Botschafter de Margerie dem Außenminister Dr. Stresemann das angekündigte Memorandum der französischen Regierung überreicht. Im Anschluß an diesen Besuch suchte der englische Geschäftsträger, Botschaftsrat Addison, den Reichsaußenminister auf und überbrachte ihm namens der englischen Regierung die Einladung zu der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt. Der Wortlaut derselben wird am Donnerstag früh veröffentlicht werden.

Genf, 15. Sept. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß Mussolini die Absicht hat, an der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt teilzunehmen, falls er nicht durch unvorhergesehene Ereignisse noch daran verhindert werden sollte. Der italienische Delegierte Grandi, Unterstaatssekretär im Außenministerium, ist von Rom kommend in Genf eingetroffen. Er begab sich zu dem Führer der italienischen Delegation Senator Scialoja, um diesen über seine Besprechung mit Mussolini über den Sicherheitspakt und die Einberufung einer Konferenz zwischen den alliierten Mächten und Deutschland zu unterrichten.

London, 15. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt im Hinblick auf die Schwierigkeiten, denen Dr. Stresemann möglicherweise in Deutschland begegnen werde, werde nicht angenommen, daß ein erheblicher, wenn überhaupt ein Einwand dagegen erhoben werden würde, falls er auf der Konferenz in Begleitung Dr. Luthers und vielleicht noch eines deutschnationalen Kabinettsmitgliedes erscheine. Im Gegenteil würde deren Anwesenheit etwaigen Beschlüssen eine repräsentative Bedeutung in den Augen der Deutschen geben. Solche Beschlüsse würden ohne deren Anwesenheit später zu Angriffen im Reichstag Veranlassung geben.

Konferenz am 6. Oktober.

Berlin, 16. Sept. Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet an Hand von Informationen aus diplomatischen Kreisen als wahrscheinlichen Termin für den Zusammentritt der Sicherheitspaktkonferenz den 6. Oktober und erklärt, daß als Tagungsort von Schweizerischen Städten in erster Linie Lugern in Betracht komme. Die „Tägliche Rundschau“ betont, daß die bevorstehende Ministerkonferenz nicht ein Entree der Außenminister, sondern die Vollkonferenz der bevollmächtigten Minister ist. Was das Verhandlungsprogramm anbetrifft, weist das Blatt darauf hin, daß sich die Juristen in London lediglich mit dem Rheinpakt beschäftigt haben. Es sei daher ganz natürlich, daß auch die Ministerkonferenz ihre Arbeit in derselben Weise abtrennt. Die bevorstehende Ministerkonferenz wird also wohl den ganzen Komplex der Ostfragen aus ihren Verhandlungen ausscheiden. Damit dürfte auch die Frage beantwortet sein, ob Polen und die Tschechoslowakei auf dieser Konferenz vertreten sein werden. Der von der französischen Presse erörterte Gedanke einer gleichzeitigen Tagung von zwei Konferenzen, von denen die eine den Rheinpakt, die andere die Ostfragen behandeln soll, bezeichnet das Blatt schon aus rein technischen Gründen als undurchführbar. Man müsse aber damit rechnen, daß im Anschluß an die Konferenz über den Rheinpakt auf einer zweiten zeitlich und wahrscheinlich auch örtlich verschiedenen Konferenz die Ostfragen geregelt werden.

Bericht der Völkerbundsversammlung.

Internationale Wirtschaftskonferenz. — Bulgariens Zugang zum Meer. — Kontrolle der Waffenherstellung.

Genf, 15. Sept. Loucheur-Frankreich verlas heute vormittag in der Völkerbundsversammlung die angekündigte Resolution, in der die sofortige Bildung eines Ausschusses verlangt wird, der auf breiter Grundlage und in Zusammenarbeit mit den technischen Organisationen des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes eine internationale Wirtschaftskonferenz zur Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten vorbereiten soll. Die Einberufung der Konferenz wird dem Völkerbundsrat überlassen. Die Konferenz soll die Wirtschaftsschwierigkeiten untersuchen, die der Wiederaufbau eines allgemeinen Wohlstandes entgegenstehen und die Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten und zur Vermeidung von Konflikten feststellen. In einer kurzen Begründung wies Loucheur darauf hin, daß die Kriegsurkunden nicht nur politischer, sondern häufig wirtschaftlicher Art gewesen sind. Nach dem durch den Krieg geschaffenen tiefgehenden wirtschaftlichen Veränderungen befindet sich heute Europa und die ganze Welt in einem Zustand wirtschaftlichen Unbehagens. Der nach dem Krieg entstandene wirtschaftliche Nationalismus könne die schwersten Gefahren für den Frieden bringen. Gegenüber den Einwänden, die man gegen die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz leicht geltend machen könne, erklärte Loucheur, es sei immer leicht gewesen, zu geräuschen, als aufzubauen. Man müsse aber heute an den allgemeinen wirtschaftlichen Aufbau herangehen. Die Konferenz soll freilich nach Auffassung der französischen Regierung nicht etwa zu internationalen Konventionen führen, ihr Ergebnis müsse vielmehr darin bestehen, daß gewisse Prinzipien für Produktion und Absatz ausgearbeitet werden, durch die gewisse einschränkende Maßnahmen im heutigen internationalen Wirtschaftsleben aufgegeben werden und dadurch wenigstens für eine bestimmte Zeit das Gleichgewicht im internationalen Wirtschaftsleben hergestellt wird. Loucheur sprach die Hoffnung aus, daß der technische Ausschuss die Beratung der französischen Resolution sofort aufnehmen und die Resolution noch in dieser Tagung der Völkerbundsversammlung zur Annahme empfehlen werde. Die Resolution sei im übrigen die logische Folge der seitherigen Arbeiten des Völkerbundes zur Lösung des Sicherheitsproblems.

Nachdem Loucheur die Resolution begründet hatte, sprach Fernandes-Brasilien, der anstelle von regionalen Abkommen den Abschluß von interkontinentalen Abmachungen forderte. Die regionalen Abkommen, über die jetzt in Europa verhandelt werde, und durch die für den betreffenden Teil Europas Sicherheit geschaffen werden soll, sind, so sagte der Redner, jedoch für Brasilien und für ganz Südamerika von allgeringstem Wert, da die südamerikanischen Länder in der Bestrebung Europas ein lebenswichtiges Element für ihr eigenes Gedeihen sehen. England, das man für das Scheitern des Genfer Protokolls verantwortlich macht, muß man die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es durch die Förderung des Systems der regionalen Abkommen erreicht hat, daß Europa und die ganze Welt einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Sicherheit zu tun im Begriffe sind. Er könne aber keineswegs der Auffassung des italienischen Staatsmitgliedes Scialoja beitreten, wonach das Genfer Protokoll verfrüht und noch nicht durchführbar sei.

Der griechische Außenminister Kentis schloß sich mit, daß Griechenland sich der Regelung der Frage eines wirtschaftlichen Zuganges für Bulgarien zum Ägäischen Meer nicht widersetze und bereit sei, unter Mitarbeit des Völkerbundes diese Frage zu regeln. Hinsichtlich des Genfer Protokolls trat er der gestern von Graf Wiponhi gedruckten Auffassung entgegen und fügte hinzu, daß für Griechenland und seine Nachbarländer hinsichtlich des Abschlusses eines regionalen Sonderabkommens keine besonderen Schwierigkeiten vorhanden seien.

Der Ausschuss für Rüstungsfragen hat beschlossen, der Völkerbundsversammlung eine Resolution vorzulegen, in der der Völkerbundsrat aufgefordert wird, möglichst rasch einen Konventionstext über die Kontrolle der Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial auszuarbeiten zu lassen. General Tanases-Ungarn setzte sich mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß der gegenwärtige Unterschied im Rüstungswesen der verschiedenen Länder beseitigt werde. Zur Erhaltung des Friedens müßten die nationalen Rüstungen auf ein Minimum herabgesetzt werden, das für die nationale Sicherheit notwendig sei. Ungarns Rüstungsstand sei aber weit hinter dieser Grenze. De Brouckere-Belgien erklärte, daß sein Land zur Abrüstung bereit sei, sobald seine Sicherheit gewährleistet sei. De Jouvenel-Frankreich sprach sich im gleichen Sinne aus.

Eröffnung der Niederländischen Generalstaaten.

Haag, 15. Sept. Im Parlamentsgebäude fand heute um 1/4 Uhr nachmittags in Anwesenheit des gesamten Ministeriums die Eröffnung der diesjährigen Sitzung der Niederländischen Generalstaaten durch die Königin statt. Um 1 Uhr begab sich die Königin in Begleitung des Prinzgemahls in einem feierlichen von Kavallerie-Abteilungen flankierten Zug vom Palais nach dem „Binnenhof“, in dessen Rittersaal alljährlich die Sitzungen der Generalstaaten abgehalten werden. Durch sämtliche Straßen, durch die der Zug kommen mußte, bildeten die Truppen der Garnison Spalier, während eine zahlreiche Menge dem Schauspiel beiwohnte. Nachdem die Königin am Portal des Parlamentsgebäudes vom Präsidenten und von einem von den Vereinigten Weiden Kammern gebildeten besonderen Empfangskomitee begrüßt worden war, begab sie sich unmittelbar zur Verlesung der Thronrede zum Königin-Sessel.

In der Thronrede wird zunächst nach einem Hinweis auf die große Unwetterkatastrophe in Ost-Holland die allgemeine Wirtschaftslage des Landes als etwas verbessert bezeichnet, wenn auch fernherin namentlich für Handel und Industrie zahlreiche Schwierigkeiten bestehen. Auch die Gefahr einer Verschlechterung der Staatsfinanzen konnte, so heißt es weiter, als abgewendet betrachtet werden, so daß bei weiterer günstiger Entwicklung demnächst eine

Herabsetzung der öffentlichen Lasten

in Erwägung gezogen werden könnte. Um sie zu erreichen, werde auch ferner im Staatshaushalt auf größte Sparsamkeit gesehen werden müssen. In derselben Linie liege das Bestreben, zugleich in der Erwartung, daß die allgemeine Entwicklung der internationalen Beziehungen die Verwirklichung der vom Völkerbund in Aussicht gestellten allgemeinen Rüstungsbeschränkungen zulasse, die militärischen Ausgaben soviel wie möglich und soweit dies mit der jeweiligen internationalen Lage in Übereinstimmung zu bringen sei, herabzusetzen. Derzeit sei ein

Ministerium für die Landesverteidigung

in der Bildung begriffen, dem sowohl die Belange der Land- als auch der Seestreitkräfte anvertraut werden sollen, sofern die Letzteren nicht auf das Kolonialministerium übergehen würden. Weiter werden dann in der Thronrede die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als so freundschaftlich wie möglich bezeichnet und wird eine weitere Verbesserung der sozialen Gesetzgebung, sowie des Wohnungswesens in Aussicht gestellt. Nachdem zum Schluß noch die Wichtigkeit der Fortführung der

bisherigen Kolonialpolitik betont wird, wird die diesjährige Sitzung der Generalstaaten für eröffnet erklärt. Die Sitzung wurde nach Verlesung der Thronrede sofort vertagt, und die Königin begab sich alsbald zum Palais zurück.

Trendelenburg in Paris.

Paris, 15. Sept. Staatssekretär Trendelenburg ist heute morgen 10.20 Uhr in Begleitung des Legationssekretärs Wörmann und Regierungsrats Mathis am Nordbahnhof in Paris eingetroffen. Heute nachmittag 4 Uhr werden die deutschen Herren eine erste Besprechung mit dem Handelsminister Chaumet haben, an der auch der Direktor im Handelsministerium Seruis teilnehmen wird.

Beratungsgemäß haben Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Chaumet gestern eine Besprechung darüber gehabt, auf welcher Grundlage die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden können. Nach der ersten Stellungnahme werden die Besprechungen heute fortgesetzt.

Die neue französische Heeresreform.

Paris, 15. September. Nach dem France Militaire beabsichtigt die Regierung, beim Wiederausammentritt des Parlaments einen neuen Gesetzentwurf über die Organisation der Armee einzubringen, der Annäherungen an den jetzigen von General Nollet eingebrachten Entwurf zeigt, aber einige Veränderungen aufweist. Der Entwurf Nollet werde zurückgezogen werden; außerdem werde ein neuer Gesetzentwurf über die Verhältnisse des Heeres vorgelegt werden. Die Grundlagen dieser beiden Gesetzentwürfe seien von Painlevé und Unterstaatssekretär Ossola bereits entworfen worden und hätten die Zustimmung des Obersten Kriegsrats gefunden. Nur Marschall Petain, der in Marokko weilte, habe sich nicht äußern können. Die Entwürfe seien ihm zugefandt worden.

Kampf der Wahaditen um Medina.

Die hachtimitische Nachrichtenagentur in Kairo erklärt die Meldungen, nach denen die Wahaditen Medina eingenommen haben sollen, für falsch und betont, daß die Garnison den zahlreichen Angriffen gegen die Stadt Widerstand leistet. Die brutale Verdrängung zwischen Medina und Dschidda ist unterbrochen.

Attentat gegen einen italienischen Gesandtschaftsattaché. Von unbekannter Seite wurden am Dienstag auf einen Attaké der italienischen Gesandtschaft in Lugemburg mehrere Schüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Es soll sich um ein anarchistisches Attentat handeln.

I
t eine
durch
deter
wie
zu be
in ich
Hok-
G.
lich zu
kultur
berg.
en-
ung.
on,
hen
häft.
sich
ungstück,
p-Top in
arkt 14
Streiche.
der Ady
ntlein und
Tapt. Mit
n gebente
gang trost
n nicht
n Kasten
n fällig. Der
entschloß
ntgelt bei
me Müß
Gans im
Ideal aller
wert legen
jenigen, die
eine Freude
gen Wälder
ander Gott
i so daum
sten Regem
Wäbe und
ngt im P
hre Gsch
alngs u. E